



Rundbrief

des Landespräventionsrates

Niedersachsen

Nr.

91

Dez. 2024

Kompetenzen
stärken.

Präventiv
handeln.

Demokratie
fördern.





Inhalt

1. Informationen aus der LPR-Geschäftsstelle

1.1 Organisatorische Informationen

1.2 Kurzüberblick: Veranstaltungen und Fortbildungen des LPR

1.2.1 Der Niedersächsische Präventionstag 2025

1.3 Informationen zu Aktivitäten und Projekten des LPR

1.3.1 Gewalt-und Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen

1.3.2 Kommunale Prävention

1.3.3 Häusliche Gewalt

1.3.4 Radikalisierungsprävention, Demokratieförderung und Menschenrechte

2. Informationen des LPR-Vorstandes

2.1 Allgemeine Informationen

2.2 Impulse aus den Vorstandssitzungen

3. Verschiedenes



1. Informationen aus der LPR-Geschäftsstelle

1.1 Organisatorische Informationen

1.1.1 Personalien

1.1.1.1 Neue Leitung der Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt

Ayda Candan ist seit dem 01.11.2024 als Referentin ins Referat PräVO 3 des Niedersächsischen Justizministeriums (MJ) umgesetzt und hat in dieser Rolle die Leitung der Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt im Landespräventionsrat Niedersachsen übernommen.

1.1.1.2 Neuer Referent beim Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte

Viet Hoang ist seit dem 01. Oktober 2024 als Referent in der Geschäftsstelle des Landespräventionsrates im Referat PräVO 2 im Niedersächsischen Justizministeriums (MJ) tätig. Er ist in der Koordinierungsstelle des Landesprogramms für Demokratie und Menschenrechte für die Koordination und Umsetzung des Landesaktionsplans „Wir in Niedersachsen. Für Vielfalt. Gegen Rassismus“ zuständig. Zuvor war er bei der Amadeu Antonio Stiftung beschäftigt.

Kontakt: Viet Hoang, Tel.: 0511-120 8715 viet.hoang@mj.niedersachsen.de



1.1.1.3 Stellenausschreibung des Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen

Im Niedersächsischen Justizministerium ist der Arbeitsplatz einer Referentin oder eines Referenten (w/m/d) für die Arbeitsbereiche Demokratieförderung, Prävention von Rechtsextremismus und von religiös-begründetem Extremismus zu besetzen. Das L-DZ ist für die Koordination des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in Niedersachsen zuständig. Ziel ist es, zur Stärkung der demokratischen Kultur im Land sowie zur Prävention von Rechtsextremismus, religiös-begründetem Extremismus und weiteren GMF-Phänomenen beizutragen. Dazu gehört die Ausgestaltung einer landesweiten funktionierenden Beratungs-, Informations- und Vernetzungsstruktur. Die Besetzung des Arbeitsplatzes erfolgt auf der Grundlage eines tarifvertraglichen Beschäftigungsverhältnisses vorbehaltlich der Bereitstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln durch den Bund. Der Arbeitsplatz ist zunächst befristet bis zum 31.12.2025 und nach EG 13 TV-L bewertet. Eine zeitnahe Besetzung (in Teilzeit oder Vollzeit) ist beabsichtigt. Weitere Infos s. Link

<https://www.mj.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/stellenausschreibungen/stellenausschreibung-237770.html>

Dr. Menno Preuschaft (0511-120-8714), Bitte senden Sie Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen (Datei im pdf-Format) unter Angabe des Geschäftszeichens 2500 I-HB.15/2024 bis zum 19.12.2024 an MJH-Bewerbungen@mj.niedersachsen.de



1.2 Kurzüberblick: Veranstaltungen und Fortbildungen des LPR

1.2.1 Der Niedersächsische Präventionstag 2025: Jubiläumsveranstaltung 30 Jahre LPR!

In diesem Jahr feiert der Landespräventionsrat Niedersachsen sein 30 jähriges Bestehen. Dies möchten wir feiern und laden herzlich zu unserer Jubiläumsveranstaltung „Prävention verbindet: 30 Jahre Engagement im Land Niedersachsen“ ein. Dieses besondere Fest findet am 10. März 2025 im Rahmen des Niedersächsischen Präventionstages in Hannover statt. In den letzten drei Jahrzehnten haben der LPR und seine Mitglieder und Partner*innen und Unterstützer*innen entscheidend dazu beigetragen, die Lebensqualität der Menschen in Niedersachsen nachhaltig zu verbessern und ein sicheres Umfeld für alle Bürger*innen zu schaffen. Wir laden zu einem Tag voll anregenden Austauschs, mit faszinierenden Vorträgen, inspirierenden Diskussionsrunden, einem Markt der Möglichkeiten, Poetry Slam, Impro-Theater und einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm ein. Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie im [Flyer](#). oder unter:

<https://lpr.niedersachsen.de/veranstaltungen-bildung/niedersaechsischer-praeventionstag/praevention-verbundet-30-jahre-engagement-im-land-niedersachsen/>

Ansprechpartner*in

Christiane Klages: 0511-120-8703 oder per Mail unter: Christiane.klages@mj.niedersachsen.de



1.3 Informationen zu Aktivitäten und Projekten des LPR

1.3.1 Gewalt-und Suchtprävention bei Kindern und Jugendlichen

1.3.1.1 Prävention durch "Soziales Lernen" - Erstellung eines nachhaltigen Erziehungs-und Präventionskonzeptes an Schulen

Ziel dieses Seminars am 5.3. – 6.3. 2025 in Hannover ist es, den Verantwortlichen aus Schulen und Kommunen Anregungen für ein gutes Präventions- und Erziehungskonzept zu geben.

Ein solches Konzept ...

- vermittelt Werte des Zusammenlebens und Zusammenarbeitens.
- ist Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften eine Orientierung.
- fördert die Selbstständigkeit der Schüler*innen und stärkt Ihre Kompetenzen / Fähigkeiten mit Problemen und Konflikten umzugehen.
- gibt Lehrkräften Sicherheit im Handeln.
- führt zu einer besseren Schumatmosphäre und gelingenden Lernprozessen - und damit auch zu einer Entlastung der Lehrkräfte

Das Seminar wird gemeinsam vom GUVH / LUKN, LPR Niedersachsen und KEJ e.V. durchgeführt und ist für Akteur*innen aus Niedersachsen kostenfrei.

Links: <https://app.seminarmanager-cloud.de/m000389/buchungsportal/e3baf29a-7167-4348-98b7-7d64042aae81>

Ansprechpartner: Frederick Groeger-Roth, 0511-120-878727 oder unter frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.de

1.3.1.2 Veranstaltungsreihe Gewalt an Schulen- was kann im Spannungsfeld Prävention und Intervention erreicht werden?

Im Rahmen dieser Veranstaltungsreihe an der Universität Hannover wird über verschiedene Ansätze von Intervention bis Prävention, über Maßnahmen, Angebote, Begleitung und Beratung durch wichtige Akteure informiert.

Am 29.01.2025 gestalten der LPR und der GUVH in dieser Reihe einen Beitrag zu „Gewaltprävention!? – Was sollen Lehrkräfte denn noch alles machen?“

Schulen sehen sich einer Vielfalt von Präventionsanforderungen (Gewalt, Sucht, Medien, Schulvermeidung usw.) gegenüber. Muss wirklich jedes Thema einzeln angepackt werden? Wie kann eine gute Prävention stattdessen in Schule aussehen? Was können und sollten Lehrkräfte leisten? In dem Vortrag soll gezeigt werden, dass Prävention kein „oben drauf“ ist, sondern eine Gelingensbedingung für gutes Lernen und gute Schule.

Sie können sich entweder für einzelne Vorträge oder für die gesamte Veranstaltungsreihe anmelden. Die Teilnahme an allen Terminen ist kostenfrei.

<https://www.lse.uni-hannover.de/de/transфер/uniplus/veranstaltungsreihe-gewaltpraevension#c28556>

Ansprechpartner:

Frederick Groeger-Roth, 0511-120-8727 oder unter frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.

1.3.1.3 Webseite "Intervention und Prävention für Schulen" in Hannover

Der Fachbereich Schule der Landeshauptstadt Hannover hat eine Webseite freigeschaltet, die neben grundlegenden Hinweisen zur Prävention in Schulen auch aktuell 13 Interventionsleitfäden zum Umgang mit bestimmten Problemen in Schule umfasst, von Konflikten, Schulvermeidung, Mobbing, Sucht bis hin zu sexuellem Missbrauch und Kindeswohlgefährdung. Die Interventionsleitfäden haben eine übersichtliche, wiederkehrende und klare Struktur, so dass sich insbesondere Lehrkräfte schnell orientieren können.

Die Webseite wird unterstützt durch den Fachverbund WIRkt! unter Beteiligung des LPR. Alle Inhalte entsprechen den rechtlichen Rahmenbedingungen in Niedersachsen. Die Leitfäden sind durch die Zusammenarbeit mit regional und überregional zuständigen fachkundigen Akteur*innen erstellt und abgestimmt (zum Beispiel Polizei, Ordnungsamt, Kommunaler Sozialdienst, Beratungsstellen etc.).

Links: <https://praevention-intervention-hannover.de/>

Ansprechpartner:

Frederick Groeger-Roth, 0511-120-8727 oder unter frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.

1.3.2 Kommunale Prävention

1.3.2.1 Europäisches Präventionscurriculum (EUPC) "Basismodul"

Der Fachverbund WIRkt! bietet kostenfrei 1x im Jahr das Basismodul zum Qualifizierungsprogramm für wirksame, ethische und nachhaltige Prävention an. Das Europäische Präventionscurriculum (EUPC) verschafft einen umfassenden Überblick über die Forschung zum Thema Prävention und vermittelt die fachliche Kompetenz, dieses Wissen in Kommunen und Organisationen in eine wirksame, ethisch fundierte und nachhaltige Präventionspraxis zu überführen. Die Weiterbildung ist konzipiert, dass die darin enthaltenen Erkenntnisse und Instrumente universell auf verschiedene Präventionsbereiche (z.B. Substanzgebrauch, dissoziales Verhalten, Glücksspiel, übermäßige Mediennutzung usw.) angewendet werden können. Inhalte des Curriculums sind u.a.:

- Grundsätze der wirksamen Prävention in den Settings Familie, Schule, Arbeitsplatz, Kommune und Medien,
- Kenntnisse zur Auswahl, Koordination, Durchführung und Evaluation evidenzbasierter Präventionsmaßnahmen,
- Aspekte der effektiven Öffentlichkeitsarbeit im Dienste der Prävention (Advocacy).



Die Veranstaltung findet am 4. – 5. Juni 2025 in Hannover statt. <https://app.seminarmanagercloud.de/m000389/buchungsportal/3eebfc55-1486-4ef5-9a22-bed735c40ccf>
Ansprechpartner: Frederick Groeger-Roth, 0511-120-8727
oder unter frederick.groeger-roth@mj.niedersachsen.

1.3.3 Häusliche Gewalt

1.3.3.1 Pilotprojekt zu Adaption des schweizer Präventionsprogrammes "Herzprung"

Der Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR) hat Mittel aus der politischen Liste für die Durchführung eines Pilotprojekts zur Prävention von Gewalt in Teenagerbeziehungen im Haushaltsjahr 2024 erhalten. Die Projektumsetzung erfolgt durch den Kinderschutzbund- Landesverband Niedersachsen. Ziel des Projekts ist es, die Adaption des Schweizer Präventionsprogrammes «Herzprung – Freundschaft, Liebe, Sexualität ohne Gewalt» in Niedersachsen vorzubereiten und die Voraussetzungen für eine landesweite Umsetzung des Programmes zu schaffen. Das Programm dient zur Förderung der Beziehungskompetenzen und eines respektvollen und gewaltfreien Umgangs in Paarbeziehungen für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Langfristig strebt der Landespräventionsrat Niedersachsen eine landesweite Umsetzung des Programmes an. Das Programm wird mit Schulklassen durchgeführt und durch ausgebildete Herzprung-Fachkräfte in gemischtgeschlechtlichen Teams moderiert. „Herzprung“ ist ein wirksamkeitsevaluiertes Programm und trägt nachweislich dazu bei, Gewalt in Teenagerbeziehungen zu reduzieren und der Gewalt in erwachsenen Paarbeziehungen langfristig vorzubeugen. Das Projekt wird voraussichtlich auch in 2025 vom Kinderschutzbund-Landesverband Niedersachsen fortgeführt. Bei Fragen zum Programm ist der Kinderschutzbund ansprechbar. www.herzprung-programm.de
Ansprechperson: Ayda Candan, 0511-120 8724,
Ayda.Candan@mj.niedersachsen.de

1.3.3.2 Digitale Fachtagung Betrifft: Häusliche Gewalt " An jeden dritten Tag- Femizide im Kontext Häuslicher Gewalt verhindern durch Wissen und Kooperation" am 25./26.September 2024

Am 25. und 26. September 2024 veranstaltete der Landespräventionsrat Niedersachsen in Kooperation mit dem Niedersächsischen Sozial-, Innen-, Justiz- und Kultusministerium die [22. Fachtagung Betrifft: Häusliche Gewalt](#). Die Fachtagung fand in diesem Jahr digital statt und widmete sich vornehmlich dem Thema „Prävention von Femiziden im Kontext von Paarbeziehungen“. Prof.in Dr. Monika Schröttle gab in einem Vortrag einen Einblick in ihre Forschungsergebnisse zu Femiziden in Deutschland und Europa. Hierbei hat sie einen internationalen Blick auf das Thema geworfen mit Bezug zu dem Projekt FEM-UnitED sowie über ihr Engagement im European Observatory on Femicide informiert. Außerdem hat Asha Hedayati aus ihrem Buch „Die stille Gewalt“ gelesen und stand anschließend für ein moderiertes Gespräch zu ganzheitlichen Ansätzen zur Prävention von Femiziden und Gewalt gegen Frauen zur Verfügung. Es gab zudem ein umfangreiches Forenangebot u.a. zum Leaking als Frühwarnsystem, zu der Frage wie sich Femizide strategisch verhindern lassen, zu innovativen Maßnahmen für einen besseren Schutz von Betroffenen oder auch zu den Auswirkungen von Femiziden auf Kinder. [Fachtagung Häusliche Gewalt 2024 | Landespräventionsrat Niedersachsen](#) Fr. Candan - Ayda.Candan@mj.niedersachsen.de; Tel.: 0511-120 8724 und Fr. Klages - Christiane.Klages@mj.niedersachsen.de; Tel.: 0511-120 8703

1.3.3.3 Verabschiedung des Landesaktionsplanes IV, sowie Einrichtung einer Koordinierungsstelle gemäß Artikel 10 der Istanbul-Konvention

Am 12. März 2024 hat die Niedersächsische Landesregierung sowohl die Verabschiedung des Niedersächsischen Aktionsplans gegen Häusliche Gewalt und zur Umsetzung der Istanbul-Konvention – Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt (Landesaktionsplan IV) als

auch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle gemäß Artikel 10 der Istanbul-Konvention beschlossen. Die Koordinierungsstelle soll zukünftig im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung angesiedelt sein. Dort werden landesweit alle politischen und sonstigen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung aller von der Konvention erfassten Gewaltformen (mit Ausnahme der Aufgaben der Koordinierungsstelle häusliche Gewalt im MJ/LPR) koordiniert, umgesetzt, beobachtet und bewertet sowie die Datenerfassung koordiniert und analysiert. Die Koordinierungsstelle „Häusliche Gewalt“ verbleibt mit ihren Tätigkeiten beim Landespräventionsrat Niedersachsen im Niedersächsischen Justizministerium und wurde zum 01.11.24 in Elternzeitvertretung mit Fr. Ayda Candan nachbesetzt. [Aktionsplan gegen Häusliche Gewalt und zur Umsetzung der Istanbul-Konvention verabschiedet und Koordinierungsstelle eingerichtet | Nds. Staatskanzlei](#)
Fr. Candan - Ayda.Candan@mj.niedersachsen.de; Tel.: 0511-120 8724

1.3.4 Radikalisierungsprävention, Demokratieförderung und Menschenrechte

1.3.4.1 Dritte Förderperiode des Bundesprogramms "Demokratie leben!" startet 2025

Im Januar beginnt die 3. Förderperiode des Bundesprogramms "Demokratie leben!", die bis 2032 laufen wird. Auch das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (L-DZ) wird seine Arbeit fortsetzen und die zivilgesellschaftlichen Beratungsangebote der [Mobilen Beratung](#), der [Betroffenenberatung](#) und des [zivilgesellschaftlichen Ausstiegs](#) weiter für ganz Niedersachsen fördern. Auch die [RIAS Niedersachsen](#) setzt ihre Arbeit fort, ebenso wie eine Weiterentwicklung des Projekts „EXON“ im Bereich der Prävention islamistischer Radikalisierung. Angebote der Schulung, der Veranstaltungen u.v.m. werden durch das L-DZ und seine Kooperationspartner*innen ebenfalls fortgesetzt. Zahlreiche „Partnerschaften für Demokratie“ werden



durch den Bund gefördert, einige neue treten hinzu. Zugleich bedauern wir sehr, dass wenige langjährige PfdEn keine Förderung durch den Bund erhalten werden. Wir danken allen, die zum bisherigen Erfolg des Programms in Niedersachsen beigetragen haben!

www.ldz-niedersachsen.de sowie www.demokratie-leben.de

Ansprechperson:

Dr. Menno Preuschaft (0511-120-8714, L-DZ-Telefon: +49 511 122 7137, Mail: landes-demokratiezentrum@lprnds.de)

1.3.4.2 Erste niedersächsische Konferenz zu Antisemitismuskritik

Am 27. November 2024 fand die erste niedersächsische Konferenz zur Antisemitismuskritik statt. Das Projekt Gesellschaftliche Perspektiven gegen Antisemitismus des Celler Netzwerks gegen Antisemitismus organisierte verschiedene Vorträge und Panels und untersuchte gegenwärtige Veränderungen in der Dynamik des Antisemitismus und thematisierte Ausmaß und Potential der aktuellen Bedrohung. Ziel der Konferenz war es Akteur*innen aus Wissenschaft, Politik, Bildung, Sicherheit, Prävention und Zivilgesellschaft zusammenzubringen und einen Auftakt zur Entwicklung einer Strategie zu schaffen, die geeignet ist, diese Dynamik zu unterbrechen und die antisemitismuskritische Handlungskompetenz in Niedersachsen nachhaltig zu stärken. Das Projekt Gesellschaftliche Perspektiven gegen Antisemitismus wird vom Landes-Demokratiezentrum (L-DZ) im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! gefördert. www.perspektiven-gegen-antisemitismus.de.

1.3.4.3 Abschlussveranstaltung "Jüdisches Leben in Niedersachsen" des Projekts ANNE

Das Projekt "ANTisemitismusprävention mit der Niedersächsischen Erwachsenenbildung – gemeinsam für mehr

Menschlichkeit und Respekt (ANNE) veranstaltete am 2. Dezember 2024 eine Abschlussveranstaltung mit dem Titel „Jüdisches Leben in Niedersachsen“. Nach einer Begrüßung durch den Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kultur Falko Mohrs, wurde eine Führung durch die Synagoge der jüdischen Gemeinde Hannover angeboten. Anschließend gab es einen Überblick über die Fortbildungen und umgesetzten Projekte mit ANNE in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Insgesamt konnten in den Aktionswochen: „Jüdisches Leben, Kultur und politische Bildung - Regionale Projekte“ vom 21.10.2024 bis zum 17.11.2024 22 Projekte u. a. in Form von Fortbildungen, Konzerten und Besichtigungen landesweit umgesetzt werden. ANNE wird im Rahmen des Bundesprogramms Demokratie leben! durch das Landes-Demokratiezentrum Niedersachsen (L-DZ) gefördert. <https://www.aewb-nds.de/themen/politische-weiterbildung/anne/>

1.3.4.4 Neuer Durchlauf der Qualifizierungsmaßnahme Fachkraft Ausstieg

2019 wurde durch das L-DZ Niedersachsen eine Qualifizierungsmaßnahme Fachkraft Ausstieg Rechtsextremismus konzipiert. Der LPR legt diese Fortbildung 2025 erneut auf. In sechs zweitägigen Einheiten à 9 Stunden werden Grundlagen der Radikalisierungs- und Deradikalisierungsfor- schung und praktische Fertigkeiten der Ausstiegsberatung vermittelt. Leitende Fragen sind u.a.: Was sind Wege in rechtsextreme Kontexte? Wie können Adressat*innen adäquat angesprochen werden? Wie können Abwendungs- prozesse durch Fachkräfte vertrauensvoll gestaltet werden? Wie wird konkrete Unterstützung für Beratungsnehmer*innen organisiert und umgesetzt? Das Angebot richtet sich vorrangig an Multiplikator*innen, die bereit sind in ihrem jeweiligen beruflichen Arbeitsfeld Abwendungsprozesse zu unterstützen, bspw. aus Polizei, Sozialer Arbeit, Pädagogik und Psychologie oder auch Stu-

dierende der Sozialen Arbeit. <https://lpr.niedersachsen.de/nachrichten/details/qualifizierungsmassnahme-zur-fachkraft-ausstieg-im-phaenomenbereich-rechts-extremismus-2025/>

Dr. Stefan Tepper, 0511-1208711, stefan.tepper@mj.niedersachsen.de

1.3.4.5 Nachfrage an Workshops und Bildungsangeboten übersteigt Angebotskapazitäten

Sowohl das Landes-Demokratiezentrum als auch die Mobile Beratung für Demokratie - gegen Rechtsextremismus verzeichnen eine anhaltend hohe Anzahl an Anfragen für Workshops, Bildungsarbeit und Beratung. Diese übersteigen besonders hinsichtlich politischer Bildungsangebote die vorhandenen Kapazitäten und können aktuell auch aufgrund des Mangels einer tragfähigen landesweiten Struktur der politischen Bildungsarbeit in den Themenfeldern nicht gänzlich aufgefangen werden. So erhielt allein das L-DZ in 2024 110 Anfragen zur politischen Bildung im Bereich Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF). Bereits Anfang Dezember 2024 lagen hier 20 Anfragen für Workshops in 2025 vor. Insbesondere der Bereich Argumentationstrainings und politische Bildung kann in 2025 weder durch die Mobile Beratung, deren Kernaufgabe im Bereich der prozessorientierten und handlungsanleitenden Beratungsarbeit liegt, noch durch das L-DZ bedient werden. Dr. Menno Preuschaft (0511-120-8714), L-DZ-Telefon: +49 511 122 7137, Mail: landes-demokratiezentrum@lprnds.de

2. Informationen des LPR-Vorstandes

2.1 Allgemeine Informationen

2.1.1 Hybride Bedrohung/ illegitime Einflussnahme fremder Staaten

In einer zunehmend vernetzten und komplexen Welt entstehen neue Bedrohungen, die über die bisher bekannten

Konflikte hinausgehen. Diese sogenannten hybriden Bedrohungen bezeichnen verschiedene Formen illegitimer Einflussnahme auf Staaten durch fremde Staaten. Dabei versuchen diese, auch mittels nichtstaatlicher Akteure, durch den koordinierten Einsatz verschiedener Machtinstrumente ihre Ziele gegen unsere Interessen und Werte offen oder verdeckt durchzusetzen und hierdurch gleichzeitig unsere Demokratie zu destabilisieren. Zu den eingesetzten Instrumenten gehören u.a. Desinformation, Cyberangriffe auf staatliche Stellen und Unternehmen, Spionage, wirtschaftliche Einflussnahme, z. B. durch Investition in Schlüsselindustrien, Sabotage von Kritischen Infrastrukturen und Einflussnahme auf freie Wahlen. Insbesondere in den letzten Jahren haben Ereignisse wie der russische Angriffskrieg in der Ukraine und gezielte Cyberattacken auf westliche Staaten das gefährliche Potenzial verdeutlicht. Die Herausforderung besteht darin, hybride Bedrohungen zu erkennen und abzuwehren, Maßnahmen zu koordinieren und die Resilienz von Staat und Gesellschaft zu stärken. Das Bundesministerium des Innern und für Heimat koordiniert innerhalb der Bundesregierung den Umgang mit hybriden Bedrohungen. In Niedersachsen wurde die Koordinierungs-, Informationssteuerungs- und Impulsgeberfunktion des „Single Point of Contact (SPoC) Hybrid“ im Ministerium für Inneres und Sport federführend im Verfassungsschutz, gemeinsam mit dem Landespolizeipräsidium verortet. Über diese Schnittstelle sollen vorliegende Informationen unter enger Einbindung des Landeskriminalamts Niedersachsen weitergeleitet bzw. veröffentlicht werden, um Wachsamkeit und Resilienz der betroffenen Stellen zu erhöhen. Ebenso sollen aber auch Hinweise auf hybride Bedrohungen entgegengenommen, bewertet und für präventive Maßnahmen der Sicherheitsbehörden aufgearbeitet werden. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport Abteilung 5 – Verfassungsschutz, Büttnerstraße 28, 230165 Hannover. E-Mail: SPoC-NI-Hybrid@mi.niedersachsen.de, Ansprechpartner: Herr Böger

2.1.2 40. Geburtstag des Flüchtlingsrates Niedersachsen

Vor 40 Jahren entstand der Flüchtlingsrat Niedersachsen als Wochenendversammlung örtlicher Flüchtlingsinitiativen, die sich zusammenfanden, um Geflüchtete zu unterstützen und der öffentlichen Diffamierung von Schutzsuchenden etwas entgegenzusetzen. Niemand hätte sich damals träumen lassen, dass sich aus diesem zivilgesellschaftlichen Engagement eines Tages eine unabhängige, landesweit tätige Menschenrechtsorganisation mit 26 Mitarbeiter*innen entwickeln würde. Die Mitgliederversammlung des Flüchtlingsrats vom 18. August 2024 mit anschließender Feier auf dem „Fest der Vielfalt“ richtete sich vor allem an Mitglieder und Unterstützer*innen des Flüchtlingsrats. Beim Empfang am 14. September 2024 erfuhr der 40. Geburtstag des Flüchtlingsrats auch eine politische Würdigung und Ehrung durch zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik und öffentlichem Leben, darunter den Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil, den Niedersächsischen Sozialminister Andreas Philippi sowie den Beauftragten für Migration der Landesregierung Deniz Kurku. [Empfang zum 40. Geburtstag des Flüchtlingsrats Niedersachsen – Flüchtlingsrat Niedersachsen \(nds-fluerat.org\)](https://www.nds-fluerat.org)

2.2 Impulse aus der Vorstandssitzung

2.2.1 Vorstellung der Transferstelle Kinder- und Jugendschutz in Bildung und Erziehung an der Universität Hildesheim

Die Etablierung von Schutzkonzepten ist in betriebsverlaubnisspflichtigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe rechtsverbindlich vorgeschrieben. Daraus entsteht ein großer Bedarf, forschungsbasiertes Wissen zu Schutzkonzepten, zu deren Etablierung und stetiger Weiterentwicklung für die Praxis zur Verfügung zu stellen. Um auf den großen und permanent steigenden Handlungsbedarf zu reagieren, wurde die Transferstelle „Kinder- und Jugendschutz in Bildung und Erziehung Niedersachsen“ eingerichtet. Sie fungiert als Schnittstelle

zwischen Praxis, Fortbildung, Lehre, Fachpolitik und Forschung, indem sie neues Wissen und innovative Informationen zu Schutzkonzepten hervorbringt, aufbereitet und alle Materialien Open-Access zur Verfügung stellt. In einem ersten Schritt wurde eine Befragung von Mitarbeitenden in Kindertagesstätten in Niedersachsen durchgeführt. Ziel dieser Befragung war es herauszufinden, ob Schutzkonzepte in Kitas in die praktische Umsetzung kommen, und Unterstützungsbedarfe zu identifizieren. Links: www.uni-hildesheim.de/schutztransfer oder www.schutzkonzepte-online.de

2.2.2 Präsentation zentraler Ergebnisse aus dem Bericht "Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Jugendhilfe-Aufarbeitung der organisationalen Verfahren und Verantwortung des Berliner Landesjugendamtes"

In diesem Bericht werden die Ergebnisse der Aufarbeitung zu „Helmut Kentlers Wirken in der Berliner Kinder- und Jugendhilfe – Aufarbeitung der organisationalen Verfahren und Verantwortung des Berliner Landesjugendamtes“ vorgestellt. Im Fokus der Aufarbeitung steht einerseits, die Verfahren, in denen das Landesjugendamt Verantwortung für Kinder und Jugendliche getragen hat, zu rekonstruieren. Andererseits werden die Verflechtungen des Landesjugendamts auch über Berlin hinaus mit anderen Institutionen und Akteur*innen herausgearbeitet. Als Ergebnis lässt sich ein deutschlandweites Netzwerk rekonstruieren, in dem verschiedene Akteur*innen aus Wissenschaft, Kinder- und Jugendhilfe, Verwaltung u. a. als Vertreter*innen der Heimreform und/oder Sexualpädagogik in Zusammenarbeit mit dem Berliner Landesjugendamt pädophile Positionen und sexualisierte Gewalt unterstützten, legitimierten, duldeten, rechtfertigten und/oder selbst ausgeübt haben. Link: <https://doi.org/10.18442/256>. Kontaktdaten: jhberlin@uni-hildesheim.de

3. Verschiedenes

3.1 Pressemitteilung zu neuem bundesweiten Lagebild zu Straftaten gegen Frauen und Mädchen

Ein neues Lagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten“ des BKA gibt erstmals ein umfassendes Bild von geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen.

Die Zahlen sind 2023 in den Bereichen häusliche Gewalt; Sexualstraftaten; digitale Gewalt; Tötungsdelikte an Frauen und Mädchen sowie Menschhandel zum Vorjahr deutlich gestiegen und fast jeden Tag geschieht in Deutschland ein Femizid. Für weitere Informationen zum Lagebild gelangen Sie hier zur Pressemitteilung:

[pm241119 Straftaten_gegen_Frauen.pdf _BLB_](#)

3.2 HerzSchlag- wenn aus Liebe Gewalt wird! Eine Kampagne des LKA Niedersachsen

Die Kampagne „HerzSchlag – Wenn aus Liebe Gewalt wird“ des Landeskriminalamtes Niedersachsen unter Schirmherrschaft der Innenministerin Daniela Böhrens, widmet sich dem Thema Partnerschaftsgewalt und tourt seit Oktober durch Niedersachsen. In Zusammenarbeit mit zahlreichen Fachkräften wurde eine Wanderausstellung mit begleitender Website und interaktiven Elementen entwickelt. Die Website bietet Fachbeiträge zu Gewaltformen, Warnsignalen und Folgen, sowie Hinweise zu Hilfsangeboten. Ergänzt werden die Inhalte durch einen Kurzfilm und Audiodateien mit Betroffenenberichten. Zusätzlich sensibilisiert das interaktive Spiel „Red Flag oder Green Flag“ für (un-)gesunde Beziehungsmuster. Die Kampagne wurde u.a. auf dem Deutschen Präventionstag präsentiert und richtet



sich an die gesamte Bevölkerung mit einem Fokus auf Jugendliche und kommunale Netzwerke. Ziel ist u.a. die Sensibilisierung der Gesellschaft und Stärkung der Präventionsarbeit. Weitere Informationen unter www.herzschlag-kampagne.de.

Der Vorstand und die Geschäftsstelle des LPR wünscht Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start in das Jahr 2025. Bleiben Sie gesund und lassen Sie uns weiterhin gemeinsam die Präventionsarbeit im Land Niedersachsen voranbringen.

Redaktion:

Katrin Baum
LPR Niedersachsen
Tel.: 05 11/1 20-8704

katrin.baum@mj.niedersachsen.de

HAFTUNGSHINWEIS: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.